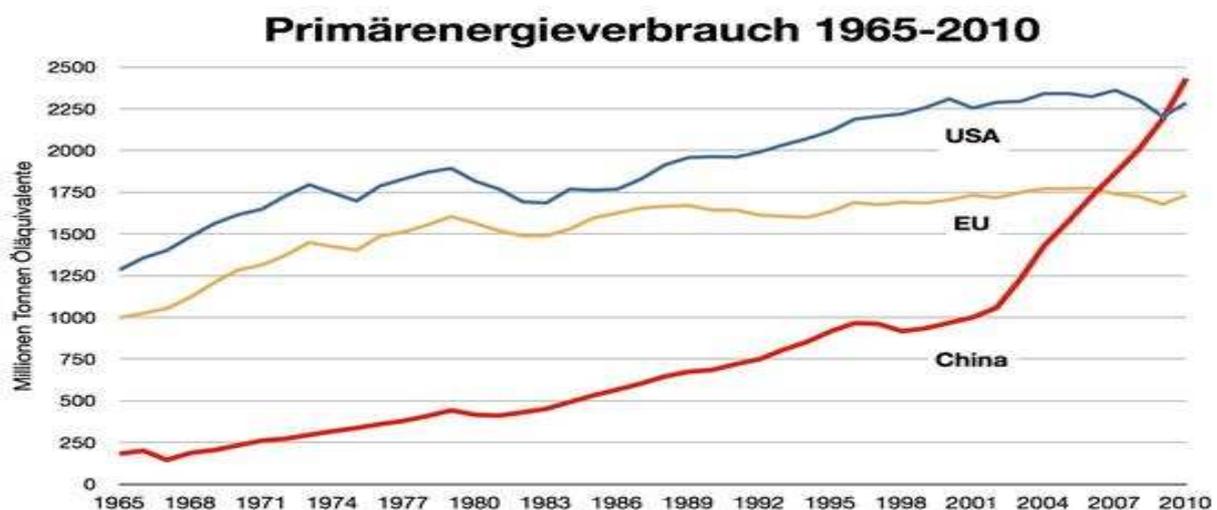


Klimakiller und grüner Vorreiter. Was China in Durban wirklich will



Beim Bier sieht die Welt oft ganz anders aus, auch in China. Tagsüber tauchen die meisten ausländischen Geschäftsleute die Volksrepublik in ein helles Licht aus unermesslichen Marktchancen und wunderbar verlässlichen Rahmenbedingungen. Daran ist viel Wahres. Das Lob rührt allerdings auch daher, dass sich die wenigsten trauen, den Chinesen und den Hauptquartieren zuhause etwas anderes zu berichten. Abends aber platzt es aus so manchem heraus. Das Geschäft laufe gar nicht gut, klagt ein leitender Mitarbeiter eines Umweltausrüsters. Da Chinas Kohlekraftwerke unter starkem Margendruck litten, strichen sie ihre Kosten zusammen. „Am ehesten natürlich bei Filtern und anderer Umwelttechnik.“

Wer Chinas Klimapolitik verstehen will, der muss diesen Pragmatismus begreifen. Er erklärt vieles von dem, was die internationalen Verhandlungen in Durban derzeit so schwierig machen. China weiß, dass es handeln muss und tut das auch. Aber es möchte die Art und Geschwindigkeit der Klimaanstrengungen selbst bestimmen: um seinen Wohlstand zu steigern und den dafür nötigen Energiehunger zu stillen; um seine mühsam erkämpfte Wettbewerbsstellung zu bewahren; um sich nicht abhängig zu machen von internationalen und damit fremdbestimmten Auflagen; um bei wirtschaftlichen Rückschlägen schnell reagieren zu können (notfalls auf Kosten der Umwelt); um die Industrieländer nicht aus der Verantwortung für den jahrhundertelangen Raubbau an der Natur zu entlassen.



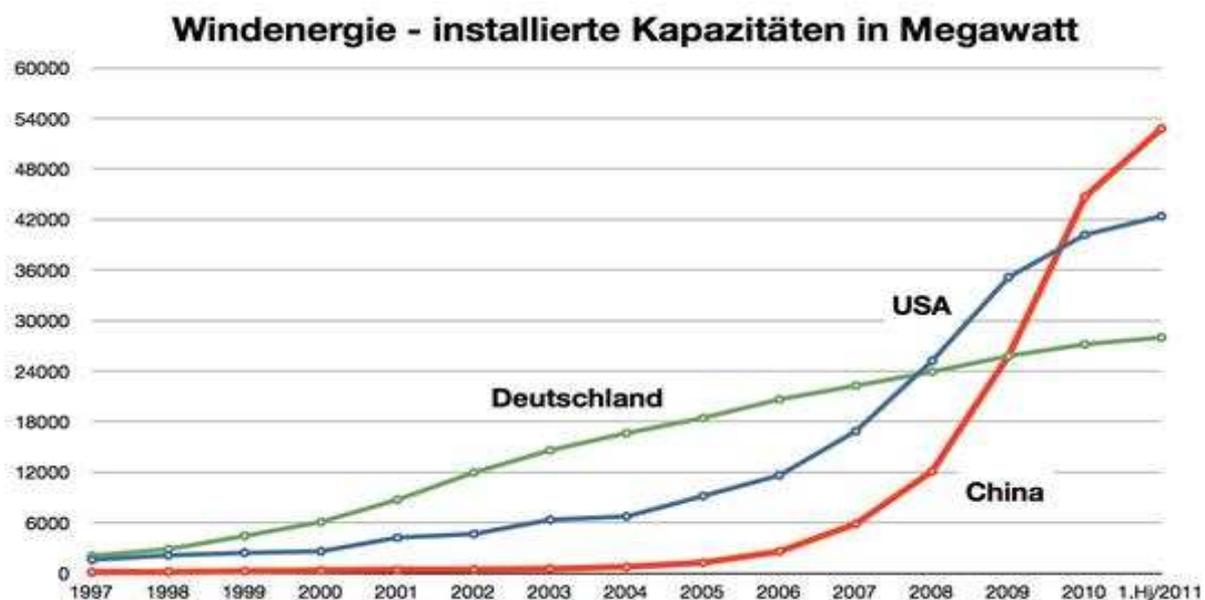
Chinas kommunistische Führung hält sich vor allem mit drei Versprechen an der Macht: dass sie die territoriale Einheit sichert, dass sie sich nie wieder ausländischen Diktaten beugt, dass sie den Lebensstandard der Bevölkerung hebt. Mindestens zwei dieser Ziele könnten allzu ambitionierte internationale Klimaverpflichtungen gefährden. Deshalb hat China in Durban erklärt, zwar im Einklang und im Verbund mit den anderen Mitgliedern der Vereinten Nationen seinen Beitrag zur Verringerung des Kohlendioxidausstoßes leisten zu wollen. Peking widersetzt sich aber nach wie vor verbindlichen Reduktionszielen.

Diese Weigerung ist deshalb so bedeutsam und bringt die EU und andere deshalb so auf, weil das Reich der Mitte jetzt schon der größte Energieverbraucher und der größte Emittent von Treibhausgasen ist. Angesichts des starken Wirtschaftswachstums und der Zunahme des Verkehrs im wichtigsten Automarkt der Welt wird sich diese wenig rühmliche Spitzenstellung weiter verfestigen. Ohne Chinas Mithilfe lässt sich die Erderwärmung nicht aufhalten.

Auch die Pro-Kopf-Verschmutzung ist in China nicht so gering, wie oft behauptet wird und wie man angesichts von 1,34 Milliarden Menschen denken könnte. Sie liegt jetzt schon über dem Weltdurchschnitt und erst recht über dem der anderen Schwellen- und Entwicklungsländer. Nach Berechnungen der Internationalen Energieagentur IEA wird der Wert in etwa zehn Jahren das EU-Niveau erreichen. Bezogen auf die Einwohnerschaft bleibt Amerika sowohl beim Energieverbrauch als auch beim Ausstoß uneinholbar. Das macht die Sache allerdings nicht besser, denn Washington will sich internationalen Auflagen genauso wenig unterwerfen wie Peking.

Amerikas Weigerung ist zwar schlimm, aber nicht so schlimm wie die Chinas. Der Anteil der Vereinigten Staaten am Weltausstoß entspricht etwa dem am globalen Bruttoinlandsprodukt (BIP). Chinas Emissionen sind hingegen doppelt so hoch wie sein Beitrag zur Weltwirtschaft. Nach IEA-Berechnungen nehmen Amerikas Emissionen bis 2035 immerhin um 15 Prozent ab, Chinas hingegen steigen um 37 Prozent. Auch das historische Argument zieht immer weniger. Zwischen 1900 und 2035 wird China deutlich mehr CO₂ ausgestoßen haben als alle Länder der EU zusammen und dann immer näher an Amerika heranrücken.

So betrachtet ist China tatsächlich der größte Klimasünder auf dem Planeten. In einer typisch chinesischen Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen kann die Volksrepublik aber genauso gut als grüner Vorreiter bezeichnet werden. Denn kaum ein anderes Land der Welt unternimmt vergleichbare Anstrengungen, um die Umweltverschmutzung seiner boomenden Wirtschaft zumindest halbwegs in den Griff zu bekommen.



Zwischen 2011 und 2015 soll der Anteil der nichtfossilen Energieträger von 8 auf 11,4 Prozent zulegen; dazu zählt Peking auch die Kernkraft. Der Quotient aus Kohlendioxidausstoß und BIP (Karbonintensität) soll um 17 Prozent fallen.

Der Einwand ist richtig, dass bei solch relativen Zielen der Gesamtausstoß weiter stark steigt. Was aber wäre, wenn China sich nicht einmal solche nationalen Fesseln anlegte? Dann hätte das Land zwischen 2005 und 2010 rund 1,5 Milliarden Tonnen CO₂ mehr produziert.

Falsch ist in jedem Falle der Eindruck, China habe gar kein Interesse am Erhalt der Natur und scheue vor den Kosten zurück. Das gilt schon deshalb nicht, weil die Bevölkerung immer lauter bessere Umweltbedingungen einfordert in diesem Land, wo 70 Prozent der Flüsse als verschmutzt gelten. Kürzlich warnten führende Onkologen, die Gesundheitsgefahren durch die Luftverpestung seien in einigen Städten so schlimm wie die durch das Rauchen. Trotz gleichbleibendem Tabakkonsum hätten Lungenkrebserkrankungen in Peking in den vergangenen zehn Jahren um 60 Prozent zugenommen, vermutlich wegen des Feinstaubes.

China sieht sich zum Handeln gezwungen. Nicht weil die Weltgemeinschaft das erwartet, sondern weil die Regierung nichts mehr fürchtet, als dass die eigene Bevölkerung auf die Barrikaden geht. China hat deshalb eine Art Erneuerbare-Energien-Gesetz erlassen und ist jetzt schon der größte Nutzer von Wind- und Wasserkraft. Es erschwert und verteuert die Autozulassungen und gibt Milliarden für die Elektromobilität aus. Nach offiziellen Angaben hat die Volksrepublik 2010 rund 300 Milliarden Yuan (35 Milliarden Euro) in alternative Energien investiert, so viel wie kein anderes Land. Im neuen Fünfjahresplan zwischen 2011 und 2015 sollen 3000 Milliarden Yuan (353 Milliarden Euro) für die Umwelt ausgegeben werden.

Aber klar ist auch, dass der Ressourcen-, Natur- und Klimaschutz immer dann zurückstecken muss, wenn er wichtigeren Zielen entgegensteht. Das sehen nicht nur die Regierenden so, wenn es darum geht, die Wirtschaftskrise durch Kaufbeihilfen für einfache (und damit schmutzige) Autos abzumildern. Oder wenn sich die Planziele für die Energieintensität nur dadurch erreichen lassen, dass der Industrie der Strom abgeschaltet wird - und sie deshalb auf Dieselgeneratoren ausweicht. Auch große Teile der Bevölkerung investieren lieber in ihr erstes Auto als in die Wärmedämmung oder in energiesparende Klimaanlageanlagen.

Erst wenn solche Entscheidungen anders ausfallen, durch Einsicht, wirtschaftliche Anreize oder Zwänge, wird China in der Energie- und Umweltpolitik wirklich umsteuern. Europa kann das nicht ertrotzen. Es sollte vielmehr versuchen, in der Führung wie in der Bevölkerung des Riesenreiches einen ebenso einfachen wie bestechenden Gedanken zu verankern: dass die Bewahrung der Natur keine Einbußen an Wohlstand und Lebensqualität bedeutet, sondern, im Gegenteil, einen wunderbaren Zugewinn.

Foto: Bobak, Wikimedia (zweimal die gleiche Ansicht in Peking, im Abstand weniger Tage aufgenommen); Grafiken: EnergyComment, Global Energy Briefing, Hamburg Juli 2011 (Dank an Steffen Bukold, DCEB, Hamburg)